KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Jan-Phillip Tadsen, Fraktion der AfD

Ausländische Gefährder und Straftäter – Abschiebep Praxis in Mecklenburg-Vorpommern

und

ANTWORT

der Landesregierung

Laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 17. November 2023 (FAZ.de) unterscheidet sich die Abschiebep Praxis der Bundesländer in Deutschland in Bezug auf ausländische Gefährder und Straftäter.

1. In welche Herkunftsstaaten werden ausländische Gefährder und Straftäter in Mecklenburg-Vorpommern nicht abgeschoben (bitte diese Herkunftsstaaten auflisten)?
 - a) Aus welchen Gründen schiebt das Land in diese Herkunftsstaaten nicht ab (bitte Verhinderungsgründe je Staat kurz darstellen)?
 - b) Seit wann wird in diese Herkunftsstaaten nicht mehr abgeschoben (bitte jeweiliges Datum der Entscheidung angeben)?
 - c) Welche offiziellen Mitteilungen des Landes gegenüber den Kommunen wurden mit Blick auf die Abschiebep Praxis von ausländischen Gefährdern und Straftätern im Verlauf der bisherigen Legislatur versendet (bitte auflisten und anhängen)?

Die Antwort der Landesregierung zu dieser Frage wird aus Gründen des Datenschutzes nicht veröffentlicht.

2. Inwiefern erlauben bundesrechtliche Vorgaben Abschiebepraktiken, die sich zwischen den Bundesländern gravierend unterscheiden?

Die Regelungen des Aufenthaltsgesetzes sind für alle Bundesländer gleich. Gemäß § 60a Absatz 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes können die obersten Landesbehörden aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland anordnen, dass die Abschiebung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder von in sonstiger Weise bestimmten Ausländergruppen allgemein oder in bestimmte Staaten für längstens drei Monate ausgesetzt wird. Somit könnten einzelne Bundesländer Abschiebungen unter den vorgenannten Bedingungen aussetzen, wohingegen andere Bundesländer weiter Abschiebungen vornehmen.

3. Wie viele ausländische Gefährder und Tatverdächtige aus Staaten, in die Mecklenburg-Vorpommern gegenwärtig keine Abschiebungen vornimmt, wurden im vergangenen und im laufenden Jahr über die Polizeiliche Kriminalstatistik erfasst (bitte Anzahl der erfassten Gefährder und Tatverdächtigen je Herkunftsstaat und Jahr tabellarisch auflisten)?

Angaben zu Gefährdern werden in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) nicht ausgewiesen.

Die PKS stellt die valideste Datenbasis zur Analyse der längerfristigen Entwicklung polizeilich registrierter Straftaten dar, da die Erfassung nach bundeseinheitlichen, festgelegten Regeln erfolgt und sie somit Vergleiche länderübergreifend und auch über längere Zeiträume ermöglicht. Die PKS wird jährlich für vollständige Berichtszeiträume erstellt. Sie bildet das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen zum Zeitpunkt der Abgabe des Vorganges an die Staatsanwaltschaft ab. Die Herausgabe der Statistik für das jeweils laufende Berichtsjahr ist erst im Folgejahr möglich.

Angaben zur Anzahl der angefragten Tatverdächtigen (TV) der PKS erfolgen deshalb nur für das Jahr 2022. Auf die nachfolgende Übersicht wird verwiesen:

Die Angaben werden aus Gründen des Datenschutzes nicht veröffentlicht.

4. Gibt es zwischen Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern einen Erfahrungs- oder Erkenntnisaustausch bezüglich der unterschiedlichen Abschiebepraktiken?
 - a) Wenn ja, in welcher Form ist dieser institutionalisiert?
 - b) Wenn ja, welche Erfahrungen oder Erkenntnisse konnten seit Beginn der Legislatur gewonnen werden?

Im Sinne eines einheitlichen Verwaltungshandelns sind die Länder und der Bund bemüht, unterschiedliche Abschiebungspraktiken – wie im oben genannten Zeitungsartikel dargestellt – zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund wird auf der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) regelmäßig angestrebt, in Bezug auf die Aussetzung von Abschiebungen einheitliche Vorgehensweisen zu beschließen.

Mit Blick auf die Ausführungen zu Frage 2 steht es den Ländern unter den Voraussetzungen des § 60a Absatz 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes aber frei, eigene Regelungen zu treffen.